LAND BRANDENBURG

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie
Die Pressesprecherin

Henning-von-Tresckow-Straße 2-13
14467 Potsdam

Pressesprecherin: Marina Ringel
Telefon: +49 331 866-5040
Mobil: +49 170 4538688
Fax: +49 331 866-5049
Internet: www.masgf.brandenburg.de
marina.ringel@masgf.brandenburg.de

Presseinformation

Nr. 044/2017 Potsdam, 17. März 2017

Equal Pay Day am 18. März

Frauenministerin Diana Golze fordert faire Bezahlung für Frauen

„Frauen in Brandenburg bekommen bei gleicher Arbeit immer noch weniger Geld als ihre männlichen Kollegen. Obwohl die Differenz bei uns im bundesweiten Vergleich eher gering ausfällt und wir auf Platz zwei landen – zufrieden geben dürfen wir uns damit nicht. Diese Lohnlücke muss endlich geschlossen werden. Frauen verdienen eine faire Bezahlung.“ Das sagt Frauenministerin Diana Golze aus Anlass des morgigen Equal Pay Days, dem Tag des gleichen Lohnes. Motto in diesem Jahr: "10 Jahre Equal Pay Day – endlich partnerschaftlich durchstarten". Das Datum des bundesweiten Aktionstages markiert den Zeitraum, den Frauen in Deutschland über das Jahresende hinaus arbeiten müssen, um auf das Vorjahresgehalt ihrer männlichen Kollegen zu kommen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes verdienten Frauen in Brandenburg im Jahr 2016 mit einem durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von 15 Euro vier Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Bundesweit liegt der Unterschied bei 21 Prozent.

Diana Golze: „Um Ungerechtigkeiten im Lohngefüge zwischen Frauen und Männern zu beseitigen, braucht es vielfältige Maßnahmen und unser aller Engagement. So halte ich es beispielsweise für angemessen, Tätigkeiten im sozialen Bereich mit Verantwortung für Menschen grundsätzlich, aber vor allem in der Entlohnung höher zu bewerten. Wer Verantwortung für Maschinen trägt, hat oft mehr im Portemonnaie. In der Regel aber arbeiten Frauen in den schlechter bezahlten Berufen, dazu oft unfreiwillig in Teilzeit. Wer Abhilfe schaffen möchte, muss Löhne und Gehälter auch vergleichen können. Hier brauchen wir mehr Transparenz in den Unternehmen. Leider hält das von der Bundesregierung vorgelegte Entgelttransparenzgesetz, das zum 1. Juli in Kraft treten wird, nicht das, was es verspricht. So gilt beispielsweise der individuelle Auskunftsanspruch nur noch für Unternehmen ab 200 Beschäftigten. Gerade Frauen arbeiten jedoch oft bei kleinen und mittelständischen Unternehmen mit meist weniger als 200 Beschäftigten.“

Die Landesgleichstellungsbeauftragte **Monika von der Lippe:** „Wenn Frauen Arbeit haben, dann sehr oft in Teilzeit, Mini-Jobs oder Leiharbeit. Das ist oft nicht freiwillig und hier müssen wir ansetzen. Equal Pay heißt nicht nur, Lohnlücken

Zertifikat seit 2006
audit berufundfamilie

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie
Die Pressesprecherin

zwischen Männern und Frauen zu schließen. Es bedeutet auch, Beschäftigungsverhältnisse an sich zu hinterfragen und Frauen gleiche Chancen auf vollwertige Arbeit einzuräumen. Anders werden wir das Problem von Frauenarmut, besonders im Alter, nicht lösen können."